

Elmar Altvater

Die Kläglichkeit der Weltmarkttheorien

Eine Kritik nicht nur am Beitrag von Klaus Busch

Das Sein bestimmt das Bewußtsein? Sehr wohl, führt man sich den Zustand der Theorien über den Weltmarkt in dessen tiefster Krise nach 1945 vor Augen. Die Ansätze, die die 60er und 70er Jahre beherrschten, also die Dependenztheorie, die Dissoziationstheorie oder die Lehre von der modifizierten Wirkungsweise des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt haben sich allesamt vor der Macht der Krisenereignisse zurückgezogen und das Feld wieder den Außenhandelstheoretikern, den Währungsexperten oder Interdependenzanalytikern überlassen, die aber auch nicht so recht wissen, wie theoretisch mit den Phänomenen umzugehen sei, die so gar nicht ins Bild der »reinen Theorie« passen, schlimmer noch: eigentlich gar nicht sein dürften: die Verschuldungskrise der Dritten Welt, der starke Dollar-Kurs bei riesigen Außenhandelsdefiziten der USA, erratische Schwankungen der Wechselkurse auf den Devisenmärkten etc. Was aber bleibt in einer solchermaßen verfahrenen Situation? Ein Rekurs der Theorie auf scheinbar sicheres Terrain: Die Analyse nicht mehr des allgewaltigen Weltmarktzusammenhangs, sondern von »Einzelfällen«, die der allgemeinen Weltmarkttheorie bislang Nüsse waren, die sie kaum knacken konnte: die ostasiatischen Schwellenländer zum Beispiel, die — wie Menzel in seinem Aufsatz in diesem Heft der PROKLA unterstreicht — den Dependenzansatz zum Knirschen bringen. Oder Brasilien, das trotz Verschuldungskrise eine sich selbst tragende importsubstituierende Industriestruktur hervorgebracht haben soll, wie Thomas Hurttienne meint. Einzelfälle, doch Verunsicherungen des allgemeinen Paradigmas. Und dennoch: Der Weltmarkt Kontext ist allenthalben präsent; als Hegemoniekrise der USA; die schon erwähnte Verschuldung der Länder der Dritten Welt, deren Auswirkungen auch in Europa zu spüren sind; die Veränderung des institutionellen Rahmens in der Weltwirtschaft durch die Neubestimmung der Funktionen des IWF, die Zunahme protektionistischer Tendenzen, die Hungerkatastrophe in Afrika etc. Wie soll man diese Momente einer weltwirtschaftlichen Totalität denn noch in den Griff bekommen, wenn die großen Theorien abgedankt haben, die Analysen von Einzelfällen aber nur begrenzten Erklärungswert besitzen? Da gibt es noch den Weltsystemansatz von Immanuel Wallerstein und anderen, der in der Tradition der Dependenztheorie den inneren-widersprüchlichen Zusammenhang von Zentrum der kapitalistischen Metropolen und Peripherie betont. Und da ist der Modifikationsansatz, den Klaus Busch im vorliegenden Aufsatz benutzt, um den einflußreichen Weltsystemansatz aufs Korn zu nehmen. Berechtigt ist dieses Unterfangen und notwendig auch, wenn ein Ausweg aus dem Dilemma der Weltmarkttheorien zwischen kurz greifenden Einzelfallanalysen und aporetisch konstruierter Globalität in einem kollektiven Diskussionsprozeß gefunden werden soll. Jedoch ist auch zu zeigen, daß die Kritik von Busch am Weltsystemansatz selbst einen falschen Weg aus dem Labyrinth der Ansätze nimmt und, ohne daß dies vom Kritiker bemerkt würde, zum Ausgangspunkt zurückkehrt, an dem die Kläglichkeit der Weltmarkttheorien konstatiert worden ist.

Worum geht es in dieser Einmischung? Um eine Kritik an Busch's Kritik, nicht um den kritisierten Wallerstein zu retten — denn tatsächlich ist der Weltsystemansatz, wie er von Waller-

stein entwickelt und von vielen anderen ziemlich gedankenlos übernommen worden ist, bei näherer Betrachtung platt wie die Erdscheibe vor der kopernikanischen Wende —, sondern um den Maßstab zu hinterfragen, an dem Busch meint, den Kritisierten messen zu können. Dieser Maßstab hat einen Namen, nämlich »Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt« und (daraus abgeleitet) »Schutzmechanismus der Wechselkursbewegung«. In einer Vielzahl von Aufsätzen hat Klaus Busch — wenn ich es richtig sehe — seit 1971 diese beiden Namen gepflegt, als ob sie im Cotta patentiert wären. Aber jeder Fischhändler weiß, daß selbst ein gut gesalzenes Faß Heringe nach einiger Zeit einen haut goût entwickelt, auch wenn es gut gelagert wird. Und so ist es auch mit dem Modifikationsansatz: Grünspan hat er ange-setzt und schön anzusehen ist er auch nicht mehr.

In dem von Klaus Busch vorgelegten Artikel wird das Theorem der Modifikation des Wertgesetzes zwar behandelt wie das Gespenst im Schrank, d.h. es wird an keiner Stelle vorgestellt, und ist doch immerwährend präsent. Nun soll dies kein Vorwurf sein, hat er doch, wie seine Eigenzitate im vorliegenden Text zeigen, diese Idee mehrfach ausgeführt, so daß auch Wallerstein sie hätte zur Kenntnis nehmen können, wie Busch an ihm kritisiert: »Er (nämlich Wallerstein) negiert dabei die spezifischen Momente der modifizierten Wirkungsweise des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt ... (Busch 1974, 46 ff.)«. Um diesem Vorwurf die Stichhaltigkeit von vornherein zu entziehen, sei aus der Arbeit von 1974 zitiert:

Der Weltmarkt, so Busch, setzt sich »aus der Summe verschiedener, national voneinander abgegrenzter Zirkulationssphären zusammen. Während die Kapitale im nationalen Rahmen direkt, ohne staatliche Schranken miteinander konkurrieren, ist der internationale Konkurrenzkampf des Kapitals prinzipiell über nationale Schranken vermittelt, die sich im einfachsten Falle ... als Grenzpfähle der verschiedenen nationalen Zirkulationssphären, als Wechselkurse nämlich darstellen ... Welche Verlaufsform auch immer diese Währungsmechanismen annehmen mögen, sie führen in der Tendenz zu folgendem Ergebnis: Die Waren der höher entwickelten Nation erhalten über die Aufwertung der Währung ihres Landes oder die importierte Inflation einen höheren internationalen Preisausdruck, während sich umgekehrt die Waren der weniger entwickelten Nation nach der Abwertung oder Deflation in niedrigeren internationalen Preisen darstellen« (Busch 1974, S. 38 f.).

Tatsächlich, diese Basisidee strahlt wie Formaldehyd auch noch zehn Jahre später. Point d'accès ist, im übrigen wie bei Wallerstein auch, das Verhältnis von nationalem Staat und internationalem Kapital. Ein richtig festgestellter Widerspruch wird freilich von Busch so gleich überhöht: 1974 schreibt er, daß die Kapitale im nationalen Rahmen ohne staatliche Schranken miteinander konkurrieren würden, während international die nationale Schranke der staatlichen Intervention wirke. 1985, im hier abgedruckten Aufsatz, lautet die These: Nach innen setzt sich innerhalb der Nationalstaaten die Logik der kapitalistischen Produktionsweise durch, »nach außen aber (bleiben) die vorkapitalistischen Strukturen, d.h. (Unterstreichung E.A.) die Möglichkeit direkter staatlicher Intervention in die Ökonomie, beibehalten...« Sicherlich, im Begriff des Nationalstaats ist schon benannt, daß es sich um einen National- und nicht um einen Internationalstaat handelt. Aber wieso sich in dem Funktionsbündel des Nationalstaats, das sich auf internationale Absicherung »nach außen« bezieht, vorkapitalistische Strukturen erhalten sollen, während im Funktionsbündel des Nationalstaats nach innen gerade — auf der Grundlage der systemspezifischen Trennung von Ökonomie und Politik — die auf die Produktionsweise funktional bezogenen Interventionen stichhaltig sind, das bleibt so lange uneinsichtig, wie nicht staatstheoretisch dieser Funktions-/Dysfunktionsunterschied (bezogen immer auf die kapitalistische Produktionsweise) einigermaßen klar herausgearbeitet worden ist. Nicht zufällig existiert keine ernstzuneh-

mende staatstheoretische Analyse, die diese Scheidung stützen würde, noch nicht einmal, wenn man ihr beschränkte historische Gültigkeit für die Übergangsphase vom Feudalismus zum Kapitalismus bescheinigen würde.

Die Aufspaltung staatlicher Funktionen in kapitalistisch-funktionale und vorkapitalistisch-residuale wird auch dann nicht besser, wenn ihr ein spezifischer Zyklus unterlegt wird, dem zunächst eine gewisse empirische Evidenz auf den ersten Blick nicht abgeht: In Aufschwungphasen — so Busch — beschränke sich der Nationalstaat auf sein »ihm eigenes Interventionsminimum (Währungsmechanismus)« während er in Depressionsphasen »auf sein Interventionspotential für den internationalen Konkurrenzkampf des Kapitals« zurückgreift (ebenda). Sicherlich, wenn es dem nationalen Kapital gut geht, dann braucht es den Staat nicht; geht es ihm aber schlecht, dann ist jede Staatshilfe gern willkommen. Banalerweise ist dies alles richtig, ebenso wie die umgekehrte Aussage auch: solange der Staat dem Kapital mit seinen Interventionen nützt und nicht schadet, wird es dagegen keine Einwände haben. Aber reicht die Feststellung vom Primat des Kapitalinteresses schon aus, um der kritischen Analyse den Rang abzulaufen? Busch begnügt sich mit der Konstatierung der Doppelgesichtigkeit des Staatsinterventionismus, um Wallersteins »methodische Prämissen« zurückzuweisen. Nach denjenigen Busch's ist hingegen zu fragen: Der bürgerliche Staat als kapitalistisch-vorkapitalistischer Staat? Der Staatsinterventionismus nach innen und außen verschiedenen Logiken gehorchend? Der Staat in verschiedenen Phasen des Akkumulationszyklus schwankend zwischen Liberalismus und Interventionismus, zwischen Funktionalität durch Unterlassen und Funktionalität durch Machen? Sinnvolle Fragen, sicher. Aber die Antworten? Betrachten wir die Phase weltwirtschaftlicher Entwicklung seit 1945, deren Physiognomie auch Busch dem kritisierten Wallerstein vorhält: In der Aufschwungphase hat sich der Staat zwar auf »sein ihm eigenes Interventionsminimum zurückgezogen«, doch dieses bestand beileibe nicht nur aus dem »Währungsmechanismus«: (a) der Wechselkurs — um mit dem Währungsmechanismus im engeren Sinne anzufangen — war reglementiert, nämlich fixiert und staatsinterventionistisch nach innen und außen auch dann noch aufrechterhalten, als sich die fixierten Kurse als unrealistisch erwiesen. Methoden: die begrenzte Währungskonvertibilität bis 1958, Devisenverkehrskontrollen in einzelnen Ländern, Kapitalmarktregulierung, das General Agreement to Borrow 1962, die Bildung des Gold Pool, die Swap Abkommen der 60er Jahre bis zur Schaffung der Sonderziehungsrechte 1969, die sozusagen die Hochblüte der Konjunktur und der internationalen staatsinterventionistischen Regulierungsversuche symbolisieren. Daß der Staatsinterventionismus nach innen und außen schließlich wenig erfolgreich war, ist eine Aussage, die auf anderer Ebene liegt als Busch's Behauptung, in der Aufschwungphase habe sich der Staat »auf sein ihm eigenes Interventionsminimum zurückgezogen«. Die eigentliche und allein interessante Frage, warum sich trotz der prononcierten nationalen wie internationalen staatsinterventionistischen Regulierungsversuche das ökonomische Prinzip, das Gesetz des Wertes auf dem Weltmarkt durchsetzt, bleibt denn auch jenseits des Horizonts des Busch'schen Raisonnements. Und darüber hinaus: Es wäre ja auch zu zeigen, daß und wie der Staatsinterventionismus im Inneren der Gesellschaften gerade abhängig ist von einem internationalen System der politischen Regulierung ökonomischer Prozesse.

(b) Erst recht stimmt die These Busch's nicht, wenn Qualität und Ausmaß des Staatsinterventionismus im Inneren der Nationen betrachtet werden. Ist nicht — zumindest in den entwickelten kapitalistischen Staaten — der Keynesianismus das Paradigma des modernen und kapitalismus-funktionalen Staatsinterventionismus? Und hat dieser nicht in und mit der

Aufschwungphase seine Hochzeit erlebt und in der »Depressionsphase des Weltkapitals« seine Krise, seinen Niedergang? Hat nicht gerade das neoliberale, anti-interventionistische, monetaristische, also gerade noch das ordnungspolitisch akzeptable Interventionsminimum der Geldpolitik einschließlich Währungspolitik begründende Paradigma *in der Krise* Oberhand gewonnen? Ist also nicht bei verständiger Lesung der Geschichte des Weltkapitalismus nach dem zweiten Weltkrieg gerade das Gegenteil dessen abgelaufen, was Busch Wallerstein entgegenhält? Nur ein Argument könnte Busch's These vom »politischen Konjunkturzyklus« des Staatsinterventionismus retten: das ziemlich einfache von der Zunahme protektionistischer Tendenzen in Phasen stagnierenden Welthandels.

Doch die Auseinandersetzung um die Interpretation des Widerspruchs von nationalem Staat und internationalem Kapital ist nur Vorgeplänkel. Denn zentral ist die These von der modifizierten Wirkungsweise des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt und dem daraus resultierenden Schutzmechanismus der Wechselkurse. Marx, der dazu im Kapitel über den Arbeitslohn im ersten Band des »Kapital« einige Bemerkungen fallen läßt, macht auf das Problem aufmerksam, daß der Begriff der gesellschaftlichen Arbeit natürlich jenseits der Grenzen der jeweiligen Gesellschaft seinen ökonomischen Sinn verliert. Was ist also, wenn sich im Tausch Produkte von Arbeiten aus verschiedenen gesellschaftlichen Kontexten vergleichen? Marx ersetzt zur Beantwortung dieser Frage den Begriff der gesellschaftlichen Arbeit durch denjenigen der »universellen Arbeit«, die allerdings eine eigene Qualität darstellt: Während »gesellschaftlich notwendige Arbeit« schon begrifflich den »ökonomischen Sachzwang« zur Angleichung der verschiedenen Produktionsprozesse an einen dynamischen gesellschaftlichen Durchschnitt enthält, wäre es unreal, diesen im Universum der »universellen Arbeit« zu unterstellen. Wie soll das Arbeitssystem der BRD (Arbeitsdisziplin, Arbeitsethik, Arbeitsrecht, Sozialstaat, Qualifikationsgrad, Produktivität, Intensität etc.) auf dasjenige Koreas, Argentiniens, Zaires oder Tasmaniens unter den Bedingungen obwaltender Globalität übertragbar sein? Also gibt es wohl eine Universalität der Arbeit, aber kein Realsubstrat der gesellschaftlich notwendigen Arbeit. Und dennoch wird getauscht, zwischen der BRD und Korea, Argentinien, Zaire und Tasmanien. Wenn der Tausch die Abstraktion der Arbeit voraussetzt und herbeiführt und dabei den gesellschaftlichen Durchschnitt (im oben angedeuteten dynamischen Sinne) erzwingt, und wenn dies als einfachste Formulierung des Wertgesetzes gelten kann, dann, tatsächlich, ist Tausch, der diese Bedingungen nicht erfüllt, nur unter Bedingungen einer »modifizierten Wirkungsweise des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt« zu identifizieren.

Quantitativ kommt das heraus, was Busch mit Marx als »Stufenleiter der internationalen Arbeitsintensität und Arbeitsproduktivität« (wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß international Produktivitätsunterschiede wie Unterschiede der Intensität der Arbeit zählen) nennt, in deren Umfang die einzelnen Nationen »Rangpunkte« einnehmen. Also ist eine ordinale Skala aufzustellen. Dieser entspricht im Zuge der Transformation nationaler Preise in internationale Preise ein Gewichtungszugriff in Geld, da nun gleiche Geldquanta unterschiedliche Mengen »universeller Arbeit« repräsentieren. Nur angemerkt sei hier, daß bei der vorausgesetzten In-Homogenität der Arbeit auf internationaler Ebene die »Homogenisierung« in Geld noch größere Schwierigkeiten bereitet als sie schon unter der Annahme national homogener Arbeit existieren. Zurück aber zum Weltmarkt: Je höher die nationale Arbeit auf der ordinalen Rangskala, so die These, desto höher der Wechselkurs, da sich ja der Preis der international gehandelten Waren durch den jeweiligen Wechselkurs definiert. Also »müssen sich (Unterstreichung Busch) die Arbeitsquanta der schwach entwickelten Nationen ... in

niedrigen internationalen Werten darstellen ...« (Busch 1974, S. 42). Und umgekehrt, selbstverständlich. So weit, so recht. Doch nun kommt Busch's Trick, der ihm den Sprung aufs Podest verschafft, das andere Modifikationstheoretiker inzwischen schon verlassen hatten: Weil die produktiveren Nationen günstiger anbieten können, werden deren Waren stark nachgefragt mit der Folge, daß die Nachfrage nach der nationalen Währung steigt, diese aufgewertet wird und infolgedessen die Exporte verteuert werden. Bei den weniger produktiven Nationen passiert genau das Gegenteil; die stagnierende Nachfrage nach den Produkten reduziert die Nachfrage nach der nationalen Währung, senkt deren Preis und verbessert mithin die Exportchancen.

Nun ist dieser Mechanismus genauso wenig anzuzweifeln wie das Gesetz der kommunizierenden Röhren oder das zweite Gesetz der Thermodynamik. Ein erster Einwand trifft zwar nicht die immanente Struktur des Theorems, soll aber dennoch nicht unter den Tisch fallen; denn schließlich geht es nicht allein um die Ästhetik von Mechanismen sondern um Paradigmen zur Erklärung der Widersprüche dieser Welt: Busch teilt mit der heftig kritisierten Dependenztheorie die inzwischen schon ärgerliche Nonchalance gegenüber monetären Bewegungen auf dem Weltmarkt, die nichts mit der Warenzirkulation zu tun haben und dennoch die Kursentwicklung der Währungen entscheidend beeinflussen, mithin auch den »Wechselkursmechanismus« — sofern er überhaupt in der modelltheoretisch dargestellten Form existiert — stören können. Dieser Einwand wird spätestens in dem Moment stichhaltig, in dem Busch die Modellebene verläßt und den »Schutzmechanismus des Wechselkurses« als eine wirkliche Bewegung deutet, mit der die Möglichkeit der nachholenden Entwicklung begründet wird. Daß der Weltmarkt des Kapitals mehr ist als Warenhandel und Direktinvestitionen, daß er eine eigene exzentrische Existenz in transnationalen Banken, in einem internationalen Kreditsystem hat mit gewaltigem, manchmal gewalttätigem Einfluß auf die realen Prozesse (die materialisierten Produkte der gesellschaftlichen Arbeit) — das bleibt im Gedächtnisloch des Modells vom »Schutzmechanismus«. Damit ist es allerdings ausgeschlossen, die Widersprüche zwischen realen und monetären Tendenzen der Akkumulation auf dem Weltmarkt überhaupt zu thematisieren — eine Unterlassung, die angesichts der Verschuldungskrise vieler Schwellenländer keine läßliche Sünde ist. Dennoch sei es drum, Busch muß ja nicht auf alle Weltfragen eine Antwort haben. In diesem Kontext ist — um Busch's Lieblingsvokabel in seiner Kritik an Wallerstein zu benutzen — die »logische Inkonsistenz« in der Präsentation seines Theorems wichtiger. Diese enthüllt sich sofort, wenn nun der Zusammenhang zum Theorem der komparativen Kostenvorteile betrachtet wird.

Denn Busch hat sich inzwischen in bessere Gesellschaft begeben: Von Marx herkommend hat er sich nämlich nun auch Ricardos Theorem angeschlossen. Auch das insgesamt in allen Branchen weniger produktive Land könne international Kostenvorteile erzielen, wenn es sich nur auf die komparativ günstiger produzierbaren Waren konzentriert. Ricardo exemplifizierte dieses Theorem am Vertrag von Methuen zwischen England und Portugal; Busch gibt ihm eine All-round Fassung für die Welt von heute:

»Der internationale Konkurrenzkampf des Kapitals ist kein Null-Summen-Spiel (wie er mit Berechtigung Wallerstein entgegenhält — E.A.), sondern führt zu einer Arbeitsteilung auf der Grundlage komparativer Kostenvorteile, die dem Gesamtsystem *und* seinen Teilen Produktivitätszuwächse ermöglicht.« Die Begründung für diese hoffnungsfrohe Botschaft: »Schwächer entwickelte Länder können wegen der Schutzmechanismen der modifizierten Wirkungsweise des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt ihre spezifischen Akkumulationsvorteile (höhere Durchschnittsprofitrate) ausschöpfen und sogar höhere Wachstumsraten als die

Zentren des Weltkapitals realisieren (Vgl. dazu: Busch 1974 und 1973)« Betrachten wir nun diesen famosen built-in dynamizer näher.

Es ist natürlich selbstverständlich, daß die Bildung von Wechselkursen notwendig ist, wenn sich international vergleichbare, d.h. im Weltgeld denominierte Preise, herausbilden sollen. Und es ist nicht zu leugnen, daß *einzelne* Kapitale, die weniger produktiv als ihre Weltmarktkonkurrenten sind, einen Wettbewerbsnachteil kompensieren können, wenn der Kurs der nationalen Währung sinkt. So weit, so richtig. Doch nun sind zwei interessante Fragen zu stellen, auf die Antworten von Busch mir nicht bekannt sind: Was ist mit den Importen *einzelner* Kapitale bei einer Währungsabwertung? Und ist das, was exportierenden Einzelkapitalen nützt, unbedingt sinnvoll unter dem Aspekt der Produktivkraftsteigerung für das gesellschaftliche *Gesamtkapital*? Der »Schutzmechanismus« schützt ja nur die Kapitale, die per Exporten von Waren in den Weltmarkt integriert sind, und belastet andere Kapitale, die per Importen am Weltmarkt teilnehmen. Es können sogar die *gleichen* Einzelkapitale sein, die bei einer Währungsabwertung an den Exporten das verdienen, was sie bei importierten Inputs draufzuzahlen haben. Der Wechselkursmechanismus erzeugt also für das weniger produktive Land, dessen Währung aus eben diesem Grunde abgewertet wird, nicht nur Vorteile, sondern auch Kostennachteile. Wenn es sich bei den Importen beispielsweise um notwendige Inputs für den gesellschaftlichen Produktionsprozeß handelt, um nicht substituierbare Rohstoffe zum Beispiel oder um Technologien, die das Land selbst nicht bereitstellen kann, dann verteuert der »Schutzmechanismus« die Produktion. Die segensreichen Wirkungen der Währungsabwertung werden dann möglicherweise kompensiert und überkompensiert. Mit anderen Worten: Nichts hängt vom Wechselkursmechanismus ab, alles aber von der gesellschaftlichen Reproduktionsstruktur des Gesamtkapitals. Wie sich Abwertungsgewinne (steigende Profite bei den Exporteuren, da sie nun für die gleiche Summe Weltgeld mehr nationales Geld erhalten) und Abwertungsverluste (sinkende Profite bei den Importeuren, da ihnen das Gegenteil passiert) verteilen, hängt von den Mengen- und Preisreaktionen insgesamt ab, die sich aus der realen Struktur des Gesamtkapitals der Gesellschaft ergeben. Wenn Inputs verteuert werden und gleichzeitig Produkte der gesellschaftlichen Arbeit billiger, d.h. gegen weniger Einheiten des Weltgeldes hergegeben werden, dann verringert sich insgesamt auch der gesellschaftliche Akkumulationsfonds in dem abwertenden Land, während im aufwertenden Land das Gegenteil geschehen kann. Der Abstand zwischen dem produktiveren und dem weniger produktiven Land dürfte dadurch eher größer als kleiner werden, auch wenn die Produktivität in beiden Ländern absolut zunimmt, also der Null-Summeneffekt nicht eintritt.

Also: die aufgrund retardierender Produktivität erfolgende Währungsabwertung »schützt« nicht, sondern kann sogar die Entwicklung hemmen. Zu berücksichtigen ist weiter, daß Wechselkursbewegungen ganz anderen Tendenzen zumindest kurz- und mittelfristig folgen können als den relativen Produktivitäten. Die Periode nach dem Zusammenbruch des Bretton Woods-Systems ist dafür ein geradezu fantastisches Beispiel. Die Abwertung des Dollar bis 1980 hatte natürlich für die exportierenden US-Kapitale Vorteile, mit denen sie den Technologie- und Produktivitätsvorsprung ihrer Konkurrenten in einigen Branchen kompensieren konnten. Heute ist es, aufgrund der Hochzinspolitik und der internationalen Verschuldungskrise, die zu einer Steigerung des Dollarkurses geführt haben, umgekehrt. Doch in der BRD zum Beispiel werden durch die Abwertung der Währung exportierende Einzelkapitale durchaus begünstigt.

Kurz: Der Wechselkursmechanismus wird erstens nicht nur durch komparative Produktivi-

tätsentwicklungen ausgelöst und schützt, indem er die *Exportkapitale* des weniger produktiven Landes begünstigt, nicht das nationale *Gesamtkapital*. Es hängt ausschließlich von der Verdichtung (Technologie, Produktivkraftentwicklung, Branchenstruktur, Rohstoffausstattung, Qualifikation der Arbeitskraft, administrative Kompetenz etc.) des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses ab, ob und wie sich Wechselkursbewegungen auf die Entwicklungsdynamik auswirken. Busch hat offensichtlich eine Ahnung von diesem Sachverhalt. Denn in einer Fußnote zu seinen Ausführungen engt er deren Gültigkeit auf jene Fälle ein, wo bereits ein vergleichbares Entwicklungsniveau erreicht worden ist. Doch ist dies nicht die Bankrotterklärung, daß der Modifikationsansatz — sofern er überhaupt stimmen sollte — eigentlich *überflüssig* ist, da ja dann der Wechselkursmechanismus gar nichts zu schützen hat? Breiten wir also über Klaus Busch's Lieblingsidee von der schützenden Wirkungsweise des modifizierten Wertgesetzes auf dem Weltmarkt den Mantel des Vergessens. Doch was müssen wir bei diesem traurig-feierlichen Akt bemerken? Klaus Busch hält ebenfalls einen Zipfel des Mantels und er wendet sich, kaum hat er mit seinem Wechselkursmechanismus den armen Wallerstein gepeinigt, einer neuen Idee zu, der »Reformulierung der Unterentwicklungsproblematik«. Hier hören wir auf einmal Töne, die zur bisherigen Melodie gar nicht passen wollen: »Für das Gelingen sowohl der ursprünglichen Akkumulation als auch der nachholenden Industrialisierungsprozesse sind die *endogenen* Bedingungen kapitalistischer Akkumulation entscheidender als die exogenen.« Beispiel: England und Preußen/Deutschland im vorigen Jahrhundert. Also nicht der Schutzmechanismus der Wechselkurse hält dem weniger entwickelten Land den Rücken frei und bringt das Positiv-Summen-Spiel zum Laufen; nun sind es die endogenen, nationalen Bedingungen, die für Entwicklung oder Unterentwicklung bestimmend sind. An dieser Stelle ist allerdings ein Wort zur Rettung der Berücksichtigung von Weltmarktzusammenhängen angebracht: Selbst wenn die Aussage für das vorige Jahrhundert stimmen sollte, wäre heute doch in Rechnung zu stellen, daß die Realität des Weltmarkts heute (Busch fühlt sich ja von den Entwicklungsprozessen in der dritten Welt »in den 70er Jahren« herausgefordert) eine andere, härtere ist als in der Entwicklungsepoche vor dem ersten Weltkrieg. Dies gilt nicht nur hinsichtlich des Grades an Weltmarktverflechtung, an Internationalisierung des produktiven Kapitals oder hinsichtlich der neuen Qualität des internationalen Kredits, die ihresgleichen im vorigen Jahrhundert sucht. Dies gilt auch in bezug auf die politischen Regulierungsmechanismen der Weltmarktbeziehungen. Die politischen Institutionen, die mit den Medien Macht, Geld und Ideologie ein komplexes Hegemonialsystem zu sichern versuchen, sind heute in Permanenz präsent und werden, anders als im Falle der imperialistischen Großmächte vor 100 Jahren, die ihre Kolonialreiche dominierten, zu Momenten oder — um es mit Busch althusserianisch auszudrücken — Instanzen innerhalb jeder nationalen Gesellschaft(sformation). Erstaunlich, wie Busch in seinem »Reformulierungsversuch« — der »Schutzmechanismus« hat seine Schuldigkeit als Latente, mit der Wallerstein bemessen wird, getan — nur noch die »endogenen«, sprich nationalen Verhältnisse gelten läßt und sich in die Gesellschaft des kritisierten Dieter Senghaas begibt, der ebenfalls nach der dissoziationstheoretischen Phase Autochtonie und Authentizität der je nationalen Entwicklung betont: von Europa und den je national spezifischen Entwicklungsprozessen »lernen«. Welch ärgerliche Hilflosigkeit aber: In einer Weltmarktsituation, in der vielen Ländern der Dritten Welt aufgrund ihrer Verschuldung jede Entwicklungsperspektive ohne eine Lösung der vom Weltmarkt gesetzten Akkumulationshemmnisse verbaut sind, kommen die falschen Propheten schnell mit dem Wort und haben schon wieder ein Rezept zur Hand — das genauso wenig taugt wie das zuvor.

Busch versucht nun, die internen Verhältnisse einer Gesellschaft mit dem Produktionsweisen-Ansatz in den Griff zu bekommen. Tatsächlich handelt es sich hierbei um einen theoretisch gehaltvollen Versuch (Busch verwendet ganz unbescheiden den Superlativ und nennt ihn den »theoretisch gehaltvollsten« Versuch; damit bricht er natürlich, ohne es zu merken, den Stab über seinen Ansatz). Doch Busch muß sogleich Löcher in den Topf bohren, so daß ihm der Gehalt des theoretischen Ansatzes zerrinnt und nur noch allerdünnste (im Superlativ!) Abstrakta übrigbleiben. Unterentwicklung reduziert sich nun auf die »Ungleichzeitigkeit der Instanzen«, auf den »Koexistenzkampf ungleicher Reproduktionsrhythmen unterschiedlicher Produktionsweisen«. Was soll das bloß heißen? Was konstituiert eine Produktionsweise, eine Gesellschaftsformation? Was bedeutet die apokryphe Bemerkung, daß »jedes Entwicklungsland ... auf seine spezifische Gesellschaftsformation ... zu befragen« ist?

Wie artikulieren sich verschiedene Produktionsweisen innerhalb einer jeweiligen, historisch wirklichen Gesellschaft? Oder meint Busch das Verhältnis von Produktionsweise und Gesellschaftsformation im Allgemeinen? Schließlich: Die Diskussion um die Produktionsweisen (Balibar, Godelier, Poulantzas, Meillassoux, Laclau, Bartra u.v.a.) hat nicht nur einen vorsichtigeren Umgang mit der These von den »drei Instanzen« Ökonomie, Politik und Ideologie nahegelegt, sondern auch, bei der Untersuchung der Artikulation von Produktionsweisen, *Dominanzstrukturen* festgestellt. Also nichts da mit der Beliebigkeit von »Ungleichzeitigkeiten« und »ungleichen Reproduktionsrhythmen«. In den unterentwickelten Gesellschaften ist die kapitalistische Produktionsweise dominant, und nicht etwa der Sektor informeller Arbeit oder die indianische shifting cultivation. Und mit der kapitalistisch dominierten Artikulationsstruktur unterschiedlicher Produktionsweisen ist der »exogene« Weltmarkt wieder da, mitten drin im »endogenen« Artikulationsprozeß von Produktionsweisen. Doch wie, lautet die Frage, die nicht nur Busch beschäftigt? Segmenttheorien — von multinationalen Konzernen beherrschter exportorientierter Sektor, formeller nationaler Sektor und schließlich das Segment informeller Produktion — benennen das Problem, dessen Erklärung zu wünschen übrig läßt. Busch demgegenüber kann sich auf seinen Ansatz von der modifizierten Wirkungsweise des Wertgesetzes zurückziehen. Doch wenn dieser, wie gezeigt worden ist, nicht stimmt? Der Kaiser zeigt sich in seinen neuen Kleidern: Da Busch's Theorie des Weltmarkts mit der Gültigkeit des Theorems von der modifizierten Wirkungsweise des Wertgesetzes steht und fällt, ist er nun auf einmal — wie der Kaiser, ohne daß er selbst es weiß — ohne jede Weltmarkttheorie.

Er scheint es zu ahnen. Auf seiner Reise durch die Welt der »Ansätze« läßt Busch übergangslos den »gehaltvollsten Ansatz« hinter sich und referiert einen Beitrag von Alain Lipietz. Nun passiert etwas Seltsames: Busch entwickelt sich, nachdem er ihn zuvor in Grund und Boden gedonnert hat, zu einem Anhänger Wallersteins, natürlich ebenfalls, ohne daß er dies merkt. Helfen wir ihm auf die Sprünge: Die These vom »peripheren Fordismus«, die Lipietz aufstellt, ist mehr als eine bloße Analogie zur These von der neuen internationalen Arbeitsteilung, die von Fröbel, Kreye, Heinrichs Mitte der 70er Jahre dargelegt worden ist. Der Unterschied in der Erklärung eines gemeinsam konstatierten Phänomens besteht im wesentlichen darin, daß Fröbel u.a. die neue internationale Arbeitsteilung vor allem aus Lohn- und Regulierungsdifferenzen herleiten, während Lipietz die strukturelle Segmentierung des fordistisch organisierten Produktions- und Reproduktionsprozesses für die neue Arbeitsteilung verantwortlich macht. Schlußfolgerung beider Analysen: In der Dritten Welt kann, anders als die Dependenztheorie noch angenommen hatte, ein Entwicklungsprozeß in Gang gesetzt werden, der sozusagen arbeitsteilig-komplementär und daher subaltern zur Entwicklung in

den kapitalistischen Metropolen abläuft. Die Begrenztheit dieses Prozesses ist eine doppelte: erstens bleibt er auf einzelne Pole innerhalb des Universums der »Dritten Welt« beschränkt, auf »freie Industriezonen«, auf »Schwellenländer«, als auf die von Wallerstein so bezeichnete Semi-Peripherie. Zweitens bleibt aber aufgrund der Subalternität gegenüber dem Kapital der entwickelten Länder die Tiefenstruktur des Reproduktionsprozesses unzureichend für eine nachhaltige und sich selbst tragende Entwicklung. Fajnzylber spricht in seiner Analyse der lateinamerikanischen Krise der 70er Jahre in diesem Zusammenhang von einer »verstümmelten Industrialisierung« und liefert für diese These überzeugendes empirisches Material. Man kann sich tatsächlich darum streiten, ob eine solche Kennzeichnung voll und für alle Länder zutrifft. Busch meldet ja gegen Lipietz' Feststellung, daß peripherer Fordismus durch das Fehlen des Werkzeugmaschinenbaus charakterisiert sei, mit dem Blick auf die asiatischen Schwellenländer Bedenken an. Und selbst in Lateinamerika meinen einige Autoren in einigen Ländern (z.B. in Brasilien nach dem »Wunder der Handelsbilanz« von 1984) durchaus, einen Erfolg der Importe substituierenden Industrialisierung verzeichnen zu können (Vgl. auch den Aufsatz von Hurtienne). Die Frage ist natürlich nur durch eine empirische Untersuchung zu entscheiden; es soll hier nicht darum herumdiskutiert werden, auch wenn Skepsis gegen die Optimisten angebracht ist. Wie auch immer die Antwort ausfällt — sie verweist zurück auf den Weltsystemansatz, also auf die Fragen nach der Struktur der internationalen Arbeitsteilung zwischen Zentrum und Peripherie, nach den technologischen Entwicklungstendenzen und ihren Auswirkungen auf Produktion und Verteilung des globalen Reichtums, nach den Folgen für Hegemoniestrukturen in Weltwirtschaft und Weltpolitik. Kein Zufall ist es daher, wenn Fröbel u.a. ihre Untersuchungen über die internationale Arbeitsteilung explizit an den Weltsystemansatz anbinden. Doch wie müßte der so »reformuliert« werden, daß mit ihm Struktur und Dynamik der Widersprüche des Weltmarkts begrifflich reproduziert werden können? Mit dieser Frage befinden wir uns am Ausgangspunkt, dort, wo die Entwicklung einer Theorie des Weltmarkts beginnen kann. Wir befinden uns nach der Überwindung der vielen Ungeheuer vor dem verwünschten Schloß mit seinen vielen Schätzen. Busch hat sich wohl umsonst abgemüht; er hat die Reise durch die Ansätze zum Ausgangspunkt zurück angetreten, ohne von den Schätzen nur zu ahnen; er ist den Ungeheuern schlicht auf den Leim gegangen. Was bleibt also? Ein Zeugnis für den unbefriedigenden Zustand der Theorien über den Weltmarkt, ein Beispiel dafür, wie man den Faden der Ariadne aus dem Labyrinth der Ansätze nicht finden kann. Es bleibt aber auch die Aufforderung, jenseits der Analysen von Spezialfällen, die den Weltmarkt als schwarzen Kasten behandeln, und einer falschen Globalität, die den Spezifika der Regionen und Länder nicht gerecht werden kann, die Diskussion um Weltmarkttheorien voranzubringen.

Literatur:

Busch 1974, Die multinationalen Konzerne — Zur Analyse der Weltmarktbevewegung des Kapitals, Frankfurt/M.